



Mitteilungs-Blatt

des Verbandes der sozialdemokratischen Wahlvereine Berlins und Umgegend.

Zu beziehen durch die Bezirksführer die Nummer zu 10 Pf. oder durch die Post. — Redaktion u. Verlag: O. 27, Schicklerstr. 5. Fernruf: Alexander, 3007.

Nr. 19.

Berlin, den 11. August 1918.

13. Jahrgang.

Aus der Internationale.

Berlin, den 6. August 1918.

Selbstbesinnung in Frankreich.

Die sozialistische Partei Frankreichs hat bis in die jüngste Zeit in ihrer erdrückenden Mehrheit hinter der Kriegspolitik ihrer verschiedenen Regierungen gestanden. Erst seit Clemenceau Ministerpräsident ist, hat man von einer Unterstützung der gegenwärtigen Regierung abgesehen, zu einer entschiedenen Abkehr von der imperialistischen Politik hatte man sich aber nicht entscheiden können. Gewiß konnten die französischen Sozialisten sich für ihre Haltung auf eine ganze Anzahl von Gründen berufen, die den deutschen Regierungssozialisten zur Begründung ihrer Hilfsdienste für den deutschen Imperialismus nicht zur Verfügung stehen, aber mit den Forderungen des internationalen Sozialismus war auch die französische Parteipolitik nicht zu vereinbaren. Im letzten Jahre ist auch hier eine Wandlung eingetreten. Die kleine Gruppe der französischen Zimmerwalder hat zwar seit drei Jahren tapfer den Kampf für die neue proletarische Internationale geführt, konnte aber im Parlamente wenig Geltung erlangen. Die Wirkungen von vier Kriegsjahren sind aber an den werktätigen Massen Frankreichs nicht spurlos vorübergegangen. Der vor einigen Wochen stattgefundene Kongress der französischen Gewerkschaften hat gezeigt, wie sehr die politisch und ökonomisch geschulten Arbeiter Frankreichs sich dem Zimmerwalder Gedanken genähert haben. Auch die Partei hat sich gegen den Stimmungswandel in den Massen nicht verschließen können. Die Tagung des letzten Nationalrates der Partei, Ende Juli, hat bewiesen, daß die bisherige Mehrheit der erklärten Sozialpatrioten und Jusqu'au-boutisten (Durchhalter) zu einer Minderheit geworden ist, und daß die bisher äußerlich zahme Opposition unter Longueus Führung sich sehr stark radikalisiert hat und zur Mehrheit geworden ist.

Der Gegensatz zwischen den Richtungen innerhalb der französischen Partei hat sich in den letzten Monaten immer mehr verschärft. Zu einer organisatorischen Spaltung hat man es aber nicht kommen lassen, selbst den Zimmerwaldern hat man die Zugehörigkeit zur Partei nicht freitig gemacht. Den radikalen Kriegsozialisten ging aber in der letzten Zeit der Zug zu sehr nach links. Ihre Fraktionsvertreter schlossen sich zu einer besonderen Gruppe von 41 Mann zusammen, die sich auch eine besondere Zeitung, „La France libre“ (Das freie Frankreich), zulegte. Ihr gehören Männer wie Renaudel, Thomas, Compère-Morel usw. an. Diese Gruppe hat auf der Tagung des Nationalrates eine schwere Niederlage erlitten. Beachtenswert ist, daß die radikalere Richtung siegte in einer Zeit, in der die Entente gewisse militärische Erfolge verzeichnen konnte, daß sich aber die Mehrzahl der französischen Sozialisten nicht von Siegestaumel und Nachgiebigkeit hinreißen ließ.

Ueber die Auffassung der gegenwärtigen Mehrheit in der französischen Partei gibt die nachstehende Resolution Longuet Aufschluß, die die meisten Stimmen auf sich vereinigt hat. Sie lautet:

„An der Schwelle des fünften Kriegsjahres erinnert der Nationalrat daran, daß die sozialistische Partei in jeder ihrer Erklärungen seit August 1914 sich dazu entschlossen erklärt hat, die nationale Verteidigung vollständig zu sichern. Trotz aller imperialistischen Gemeinplätze, Schwächen, Anwandlungen und Fehltritte der Regierung erneuert die Parteiführung seines einmütigen Wunsches, die klaren Entscheidungen nicht auszugeben, die er zu diesem Gegenstande in allen seinen Sitzungen gefaßt hat. Er ist aber verpflichtet, in dieser Stunde auszusprechen, daß die politischen, diplomatischen und

militärischen Fehler, die von den Regierungen begangen wurden, für Vaterland und Menschheit verderblich gewesen sind.

Die Regierung, die sich geweigert hat, freie Ausreise nach Stockholm zu gestatten, ist dieselbe, die zu Beginn 1917 Friedensvorschläge, die einer ernsten Prüfung wert waren, zurückgewiesen hat. Und diejenige, die jetzt die Macht hat und dem Befehl der schlimmsten Reaktionen folgt, hat ihren inneren Unternehmungen gegen jede Freiheit, ihrer Kapitulation vor den Gönnern des Staatsstreiks, ihren Gewaltstreichen gegen die Arbeiterklasse nichts als eine schwere militärische Niederlage hinzuzufügen vermocht.

Nur um den Preis der juchenden Opfer und dank der unvergleichlichen Tapferkeit unserer Soldaten findet sie eine bloßstellende Lage wiederhergestellt.

Der Nationalrat fordert von der französischen Regierung die Revision der Kriegsziele, den Verzicht auf imperialistische Absichten, eine klare und genau umschriebene Darstellung unserer Kriegsziele auf den Grundlagen, die von der russischen Revolution und vom Präsidenten Wilson umschrieben sind, deren allgemeine Ideen über Krieg und Frieden ratifiziert sind von der Londoner Konferenz vom 20. Februar 1918, an der die berufenen Vertreter aller sozialistischen und Arbeiterorganisationen der Entente teilnahmen. Besonders fordert der Nationalrat, daß von jetzt ab die Voraussetzungen eines Bölkerbundes vorbereitet werden, nach den Wünschen und nach dem Geist, die in den Erklärungen des Präsidenten der Vereinigten Staaten zum Ausdruck gekommen sind.

Er erinnert die Arbeiter daran, daß der endgültige Friede nur durch die Herrschaft des Sozialismus gesichert werden kann, da die kapitalistische Gesellschaft in ihrem Wesen eine Herrschaft der Unordnung, der Willkür und der Gewalt ist.

Die sozialistische Partei erneuert ihr vollständiges und vorbehaltsloses Bekenntnis zu dem Gedanken des Zusammentritts eines internationalen Kongresses.

Sie erklärt sich bereit, der Einladung der Genossen Hyamsans, Branting und Trockira zu folgen, die von der internationalen Konferenz in London beauftragt sind, diese Versammlung zu organisieren.

Der Nationalrat bekräftigt seinen Willen, für die Arbeiter- und sozialistischen Organisationen die volle Freiheit der nationalen und internationalen Aktion durchzusetzen.

Nachdem die Ausstellung der Pässe durch die Handlungsweise der Regierenden eine allgemeine Frage der Interalliierten geworden ist, beschließt der Nationalrat im Einvernehmen mit den Arbeiter- und sozialistischen Organisationen des Grenzlandes, alle Mittel anzuwenden, um die Ausstellung der Pässe zu erreichen.

Für seinen Teil beauftragt er seine Abgeordneten, eine kräftige parlamentarische Aktion zu führen und selbst bis zur Verweigerung der Kriegskredite zu gehen. Er leitet seine ganze Unternehmung der Confédération Générale du Travail in der Anwendung ihrer Entschlüsse, die sie auf ihrem letzten Kongress am 18. Juni 1918 gefaßt hat.

Der Nationalrat erklärt, daß der Sozialismus unter keinen Umständen die Pläne der russischen Konterrevolution begünstigen kann. Er erklärt, daß bei dem Zustand der äußersten Verwirrung, in dem sich jenes Land jetzt befindet, die allergrößte Umsicht notwendig ist. Er protestiert gegen jede Intervention der Alliierten, die gegen die russischen Sozialisten Partei nehmen und das Recht des russischen Volkes, sich nach eigenem Gutachten zu regieren, beeinträchtigen könnte.

Für jeden Fall macht er jede Intervention von der einstimmigen Zustimmung des russischen Sozialismus abhängig, ohne die diese Intervention den Interessen Frankreichs zuwiderlaufen würde.

Der Nationalrat verzeichnet mit dem allergrößten Bedauern die jüngste Stundgebung jener Fraktionsmitglieder, die entgegen den klarsten Entscheidungen aller nationalen Sektionen des internationalen Sozialismus, gegenüber der amerikanischen Föderation der Arbeit eine oppositionelle Haltung zu jenen Entscheidungen eingenommen haben.

Jeder Mitkämpfer jeder Richtung hat das Recht, seine Auffassungen im Innern der Partei geltend zu machen, aber es ist nicht erträglich, daß Abgeordnete oder andere Genossen eine Politik treiben, die syste-

matisch Geist und Buchstaben der nationalen und internationalen Kongresse verletzt und entwertet.

Der Nationalrat verurteilt eine solche Haltung und erinnert alle Genossen und Organisationen an die jetzt mehr denn je gebieterische Notwendigkeit der Disziplin und der Einigkeit in der Aktion der sozialistischen Partei.

Vom Standpunkte des Sozialismus ist gewiß allerlei gegen die in der Resolution entwickelte Auffassung einzuwenden. Begrüßenswert ist aber die Tatsache, daß die französischen Sozialisten jetzt nachdrücklicher das proletarische Klasseninteresse dem nationalen Interesse entgegenhalten und über den Kriegsvorteil der Entente stellen. Dadurch wird es den deutschen Regierungssozialisten immer schwerer, ihre Kriegspolitik mit der Haltung ihrer Artgenossen im Ententelager zu rechtfertigen.

Aus der Arbeiterbewegung der Schweiz.

Auch die Schweizer Arbeiterschaft hat schwer unter den Forderungen des Weltkrieges zu leiden. Ihre Stimmung ist mehr und mehr gereizter geworden. Das kam schon politisch vor Jahresfrist zum Ausdruck in dem Sieg der radikalen Richtung innerhalb der Schweizer Sozialdemokratie. Die Partei hat vor längerer Zeit eine Kommission, das sogenannte Oltener Komitee, eingesetzt, das zu den Arbeiterforderungen und Tagesfragen Stellung zu nehmen und eventuelle Aktionen vorzubereiten hätte. Vor kurzem hat in Basel der Parteikongress stattgefunden, auf dem das Oltener Komitee eine lange Liste von Forderungen vorgelegt hat, die dem Bundesrat übermittelt werden sollte. Die Forderungen lauten:

Aufhebung der Beschlüsse des Bundesrates betreffend Einschränkung der Versammlungs-, Demonstrations- und Pressefreiheit;

Aufhebung des Beschlusses betreffend Rückweisung fremder Deserteure;

Errichtung eines eidgenössischen Ernährungsamtes mit einem Beirat, in dem die Arbeiterschaft ihrer Bedeutung und Stärke entsprechend vertreten sein muß;

Ausdehnung der Rationierung der Lebensmittel und — bestimmte, vorgeschlagene — Maßnahmen einer gleichmäßigen Verteilung der Lebensmittel und anderer notwendiger Bedarfsartikel;

Reduktion der Arbeitszeit durch Verordnung des Bundesrates;

Errichtung von Wohnämtern mit der Befugnis, die Löhne regional und kantonal zu ordnen;

Förderung des kommunalen und genossenschaftlichen Wohnungsbaues durch finanzielle Unterstützung des Bundes;

Nachsteuerungszulage und Einführung der achtstündigen Arbeitszeit in den eidgenössischen Betrieben und Werkstätten.

Der Parteikongress hat sich die Forderungen des Komitees zu eigen gemacht, in denen zum Schluß die Verhängung des Generalstreikes angekündigt wird, falls die Regierung den Forderungen der Arbeiterschaft nicht Rechnung trägt.

Der Beschluß des Parteitages hat in der Schweiz große Erregung hervorgerufen, die sich zunächst in lebhaften Presseerörterungen Luft macht. Beachtenswert ist, daß die reaktionären Elemente der Schweiz, vor allem das Bauerntum, auch ihrerseits rufen, um, wie es in einem bürgerlichen Schweizerblatte heißt, „scharfe Waffen in den Kampf zu tragen“.

Aus der amerikanischen Partei.

Wie der Pariser „Populaire“ meldet, hat die sozialistische Partei in Amerika infolge eines Beschlusses durch Referendum unter ihren Mitgliedern

Die Organisations des Parteivorstandes abgeändert. An Stelle von 7 Mitgliedern umfasst er jetzt deren 15. Das ganze Gebiet der Vereinigten Staaten ist in 5 Gebiete, von denen jedes 3 Delegierte ernannt, eingeteilt.

Unter den Mitgliedern befinden sich der bekannte Führer Morris Hillquit, Shiplacoff, der im Parlamente eine so energische Rolle spielte; Berger, der große Agitator. Bezeichnend ist, daß 5 unter den Neugewählten gegenwärtig im Gefängnis oder in Voruntersuchung sind, und zwar wegen ihrer Opposition gegen den Krieg oder wegen der Propagandabestrafte, die auf Grund der speziellen Kriegsgesetze bestraft werden.

Die deutsche Freiheit.)

(Zusatz.)

II.

Die „dringendste Freiheitsforderung“, die aus der deutschen Freiheitsidee „strömt“, ist nun nach Meinete folgende: „Freiheit für das deutsche Volk in der Welt, Atemraum, Lebensmöglichkeit neben den großen, zu Weltreichen sich zusammenballenden Feindmächten.“ (Seite 29.) Also sind Tröpsch, Reventlow, Heydebrand die wahren Apostel deutscher Freiheit und Deutschlands. Rousseau nennt sich Stresemann! Die nächstwichtigste Freiheitsforderung nennt Meinete die Abwehr des Versuches der Gegner, uns ihre „demokratische Freiheit aufzudrängen“. Also die Freiheit von der Freiheit ist es, was Herr Meinete meint. Gut gebrüllt, Löwe! Ein artiger, dialektischer Scherz! Der Scharfsinn Meinedes durchschaut auch den Präsidenten Wilson. „Die heutige demokratische Welt fordert von uns, daß wir demokratisch werden, damit wir harmlos und ungesährlich werden für sie. Das ist der eigentliche reale Kern ihrer Ideologie, die, wie ich gar nicht leugnen will, zugleich von manchen unserer Feinde ganz ehrlich empfunden sein kann.“ Also heuchelt Wilson doch nicht? Will er wirklich nur den deutschen Militarismus ungesährlich machen oder treibt ihn die Sorge um die Dividenden der Stahlruß? Doch nein: Man will uns demokratisieren, um uns zu desorganisieren.“ (Seite 30.) Ungefährlichkeit ist also Desorganisation. Uebrigens gibt Meinete gleich darauf zu, daß in der Tat eine mächtige, unaufhaltsame Welle von Demokratie durch die Welt geht, er findet einige Worte gegen die Beherrschung Preußens durch Junker und Korpsstudenten. Er will daher das preussische Wahlrecht demokratisieren, lehnt jedoch das parlamentarische System „bestimmt“ ab und verlangt, daß die Krone die Regierung auch weiterhin „frei“ ernenne. (Seite 30.) Also wieder eine der deutschen Freiheiten: Die Freiheit der Krone! Das heißt Klipp und klar: das Volk soll zwar abstimmen, wenn es ihm Vergnügen macht, aber diesen Stimmen des Volkes eine entscheidende Bedeutung zugehen, nein!

Warum verweist aber unser Professor die Parlamentarismus? „Der Parlamentarismus ist die Verfassung des bürgerlich-kapitalistischen Klassenstaats.“ (Seite 30) Wohlgeheißt, es sind nicht Lenin und Tröpsch, die das verkünden, sondern Professor Meinete! Ja, Professor, Wilson ist ein arger Heuchler! Das parlamentarische Regime entspricht auch nicht dem Interesse der deutschen Arbeiterschaft, denn Parteiregierungen sind eine sehr schlechte Bürgschaft für gute Sozialpolitik und gerechte Steuererteilung. Der soziale Gemeinwohl, der in unserem Staate lebendig werden und unser aller Freiheit sichern soll, verlangt eine andere Regierungsform als die des bürgerlichen Klassenstaats. Wir haben sie in der sozialen Monarchie, wie sie sich bei uns nach der Reform der Parlamente entwickeln wird.“ Meinete ist also auch Prophet. Auf dieses Gebiet können wir ihm freilich nicht folgen. Aber ein Land fällt uns ein, das die ganze Menschheit mit Ausnahme der Spezies „Homo germanicus professoralis“ für eine Demokratie hält: England. Nicht nur war England die Geburtsstätte des Arbeiterkampfes und der Sozialreform, Jahrzehnte, bevor man in Preußen Deutschland daran dachte. Die neuere englische Sozialreform hat Gesetze von einer Kühnheit und Großzügigkeit geschaffen, an die in Deutschland nichts heranreicht. Selbst die Leistungen der vielgerühmten deutschen Sozialversicherungen sind in England weit überholt worden. Gibt es in Deutschland eine obligatorische Arbeitslosenversicherung, eine staatlich zentralisierte Arbeitsvermittlung, einen gesetzlichen Achtstundentag im Kohlenbergbau, gesetzliche Minimallohne für Heimarbeiter und Kohlenarbeiter, eine Verpflichtung zur Ausspeisung bedürftiger Schulkinder und zur Anstellung von Schulärzten und so manche andere Erfolge des Demagogen Lloyd George? Ja, es gibt in der sozialen Monarchie Preußen-Deutschland auch nur ein wirksames Koalitionsrecht!

Für diese Gelehrten ist es auch durchaus charakteristisch, wenn der Nationalökonom Sering (Seite 68) die „jurdigbare Verelendung der britischen Industrie- und Arbeiterschaft“ der deutschen Arbeiterschaft, die er die „gesündeste und heiligste unter allen Industrie- und Arbeiterschaften“ nennt, entgegenstellt. Vielleicht möchte doch einer seiner Schüler Herrn Sering auf das Statistische Jahrbuch des Deutschen Reiches, herausgegeben vom kaiserlichen Statistischen Amt, aufmerksam machen. Er würde dort finden, daß 1912 die Säuglingssterblichkeit in England 9,5 Proz. betrug, in Deutschland aber — trotz viel zahlreicherer landwirtschaftlicher Bevölkerung! — 14,7 Proz., somit um 5 Prozent mehr! Im „verelendeten“ Irland betrug sie sogar nur 8,6 Prozent. Auch die Sterblichkeit an Tuberkulose, die Selbstmorde usw. sind in England beträchtlich niedriger. Wie steht es ferner mit der von Meinete gepriesenen „gerechten Steuererteilung“ in der Sozial-

monarchie? Wir haben die „Frankfurter Zeitung“ vom 18. Februar 1918 vor uns. Dieses Blatt, das wohl nicht als Volkswirtschaftsorgan angesehen werden kann, weist auf die überaus energische Erhöhung der Einkommensteuer in England, die bei ganz großen Einkommen bis 41,5 Prozent steigt, hin, und sagt: „Das sind Ziffern, denen wir nichts Entsprechendes an die Seite zu stellen haben.“ Dagegen hebt die „Frankfurter Zeitung“ den „großen Mangel unserer bisherigen Kriegsbesteuerung“ hervor, nämlich: „daß sie die hohen Einkommen nur in einer sehr uneinheitlichen Weise durch die Einzelstaaten getroffen hat, daß die Kriegsgewinnsteuer das verschwendete Einkommen freiläßt und daß eine allgemeine, der Schwere des Augenblicks entsprechende Kriegsbesteuerung des Vermögensstandes bis heute überhaupt unterblieben ist.“

Hören wir aber Meinete weiter: „Wir verlangen von unserer auswärtigen Politik Steigert und maßvolle Festigkeit und Freiheit von nationalitätlichen Leidenschaftlichkeiten. Wir vermüssen diese Eigenschaften ganz und gar bei den parlamentarischen Regierungen unserer westlichen und südlichen Gegner.“ Was nicht gerade Deutschland die Segnungen des „Fickadurkes“, dessen Zusammenhang mit der Entstehung des Weltkrieges schon noch einmal zu beleuchten sein wird? Und ein Gegenstück zum Aldeusium hat es nie und nirgends gegeben; an seiner Bestialität gemessen erscheint der Chauvinismus aller Völker zwerghaft.

Es paßt auch wunderbar zu der Freiheit von nationalitätlichen Leidenschaftlichkeiten, wenn der berühmte Theologe Tröpsch die Friedensidee ganz besonders auf Horn nimmt. So eifert er gegen die „Weltfriedensidee, in der die bisher Besessenen sich ihren Bestand gegen den neuen Eindringling gegenseitig garantieren wollen“ (Seite 85) gegen die „pazifistische Verdrückung und Verdrückung (1)“ (S. 89), er steht im „ganzen weiterlebenden Pazifismus“ nur eine „Kontrolle und Schutzherrschaft der beiden angelsächsischen Mächte über die Welt“ (Seite 93). Wenn aber dieser Gottesgelehrte den „demokratisch-pazifistischen Jargon“ (Seite 93) verhöhnt, so richtet sich sein Spott auch gegen jenen, der die Sanftmütigen und die Friedfertigen selig gepriesen hat als Gotteskinder.

Der selbe Tröpsch findet, daß Deutschland insbesondere auf religiösem Gebiete freier sei als England. Auch diese Freiheit dürfte aber eine „deutsche“ Freiheit sein. Weder England noch Frankreich kennen die deutschen Zustände auf kirchlichem Gebiet. Nur in Deutschland gibt es noch eine konfessionelle Staatschule, die Erbschwerung des Religionswechsels, ein kirchliches Recht der Zwangsbesteuerung, Ausschluß von Diszidenten und Juden bei Besetzung von Ämtern und Offizierstellen, ja selbst die Voraussetzung bestimmter Konfession vor Zulassung zur Dozentur und Professur. Jeder kirchliche Zwang ist aber ein Grabmesser religiöser Unfreiheit.

Daß die deutsche Freiheit durch Polizei und Bürokratie eingegrenzt ist, ist, was selbst die Herren Professoren nicht zu leugnen. Dafür bildet aber eines ihrer beliebtesten Schaustücke die angebliche Freiheit vom Zwang der Sitte, die den Engländer meiste. Auch Tröpsch spricht (Seite 94) von der „widerrätigen puritanischen Frömmigkeit und Konvention“, von der „Tyrannei und Uniformität der öffentlichen Meinung“ — wenige Seiten später erwidert er überraschenderweise: „Die vielgerühmte englische Freiheit liegt vielmehr auf dem Gebiete des persönlichen Lebens.“ (Seite 99.) Und wenn Sering den westlichen Demokratien Unterdrückung der Einzelpersönlichkeit vorwirft, so billigt Tröpsch Franzosen und Engländern die „innere Sicherheit aller Formen, selbstbewußter Völker, fester gesellschaftlicher Sitte, unalter ethischer oder ästhetischer Erziehung“ (Seite 87) zu. Ja er gesteht selbst: „Auch ist das Erziehungsideal, mit dem die oberen Klassen des heutigen Deutschland einen gewissen Stolz allerdings als vorläufigen Erfolg gewonnen haben, die Erziehung zur Fortschritt und Schneidigkeit, zwar in einer solchen Lage der Emporkämpfung begründet, aber jedes heftigen Reizes und der gefügigen Würde bar. Es ist eine gewaltsame und affektive, äußerliche und übertriebene Form der Formlosigkeit, in der sich innere Unfreiheit und Mangel an Tradition verbirgt.“ (Seite 88.) Dies hindert aber gar nicht, daß immer wieder annähernd herausgerissen wird, wie keines der großen Völker „dem deutschen an geistiger Bildung und individueller Freiheit des Gewissens gleichkommt.“ (Seite 73.)

Der grundlegende Gegensatz zwischen der deutschen Freiheit und der Freiheit schlechthin offenbart sich aber, wenn Tröpsch (Seite 94 und 95) die Demokratie nicht vorwiegend als ein moralisches sondern technisches Problem anspricht. Wie weit die Menschenwürde es fordert, sondern nicht „der Staat den einzelnen guten Willen in Wehrpflicht, Selbstbildung und Wirtschaft braucht.“ Der moralischen Forderung würde nach Tröpsch auch nicht demokratische Verfassung genügen, ja selbst für den modernen Großstaat räumt er die „Möglichkeit“ eines traditionellen Absolutismus“ ein. Nur weil sich die Menschen eben nicht ohne weiteres vom Staate „brauchen“ lassen, muß man ihnen so etwas geben wie Demokratie. Einer solchen Auffassung muß natürlich auch das Geheimnis der „deutschen“ Freiheit. Es fehlt hier an Platz, die zahlreichen Unrichtigkeiten, Entstellungen und Fehlschlüsse zu beleuchten, die diese fünf Gelehrten auf ein paar Seiten anzuhäufen imstande waren.

Einige Blüten pflücken wir noch im Vorbeigehen aus dem Beitrag Professor Hirtes: Deutschland kämpft für die Freiheit der Welt“ (Seite 114). Deutschland wolle gar nicht als politischer Machtfaktor in Betracht kommen — das große Kolonialreich Deutschland müsse armbüchlich gegen den Imperialismus, ja der Mittelpunkt aller Widerstände gegen den Imperialismus sein (Seite 133, 140, 151),

niemand in Deutschland denke an eine eigentliche Einverleibung Belgiens, auch die sogenannten Annexationen nicht (Seite 157), Rußland — das damals noch nicht zusammengebrochen war — wird eine Auseinandersetzung mit Oesterreich-Ungarn wegen der ukrainischen Frage angeboten, falls es sich den Mittelmächten nähern wolle (Seite 159), wohl nach dem Muster Wilsons, der Italien durch Angebot österreichischer Gebiete zu fördern hoffte. Aber, wenn es für Deutschland keine schicksalbringende Frage gibt, warum soll es für uns Oesterreich eine ukrainische Frage geben? Mit Bedauern konstatiert ferner Hirtes, daß der Stolz ins Gesicht, der gegen das britische Reich in diesem Krieg in Ägypten hätte geführt werden können, mißlungen sei (Seite 166), doch tröstet er sich mit der Hoffnung auf die „Konjunktur“ eines neuen Weltkrieges, der zwischen Amerika und Japan ausbrechen wird. Wirklich „Konjunktur“ nennt dieser biedere Antimperialist die erfreuliche Aussicht! (Siehe Seite 166.)

Die Schrift der fünf Gelehrten ist nun keineswegs eine vereinzelte Erscheinung, sie ist vollkommen typisch für zahllose Veröffentlichungen der deutschen Professoren, die den unbeschränkten herrschenden Geist widerspiegeln. Der Traum Klopstocks von einer deutschen Gelehrtenrepublik ist verlogen, das Andenken der Göttinger Sieben ist verbläht, aber das Wort bleibt, das schon vor Jahrzehnten auf die deutschen Gelehrten geprägt wurde: sie seien das wissenschaftliche Leibregiment der Hohenzollern.

Von der Hungersnot in Rußland.

(Ein Brief Lenins an die Petrograder Arbeiter. Ende Mai.)

(Schluß.)

Die Lage des Landes ist ungeheuer kritisch, sie könnte nicht kritischer sein.

Es gibt keinen Mittelweg. Entweder gelingt es den Arbeitern, die ärmere Bevölkerung um sich sammelnd, eine eiserne Disziplin, eine unerbittlich strenge Macht einzuführen, eine echte Ullatur des Proletariats, der sich die Buhnerer unterwerfen werden, wodurch das Brot regelmäßig verteilt wird. Oder aber die Bourgeoisie wird mit den Spekulanten vom Lande, von den charakterlosen Parteien, linken S. D. und Anarchisten unterstützt, die Sowjetmacht stürzen, mit Hilfe eines russisch-deutschen oder russisch-japanischen Korniloff, der den 18ständigen Arbeitstag einführen wird, ein Axtel Hund Brot wöchentlich geben und das Massenflüchten wie in der Ukraine, in Finnland wird....

Wer sich in das politische Leben hineinbeugt, kann nicht umhin einzusehen, daß die Menschheit und rechte S. D. darüber beraten, ob ein deutsch-russischer oder russisch-japanischer, ob ein gekrönter oder republikanischer Korniloff die Revolution besser unterdrücken wird.

Es ist Zeit, daß die Avantgarde der Arbeiterklasse sich zusammenrafft und einseht, daß eine jede verfluchte Minute das Land und die Revolution bedroht.

Mit halben Maßregeln kann nicht geholfen werden. Klagen werden zu nichts führen. Durch die Erhöhung von Brot und Heizmaterial für die einzelne Fabrik, für den in Betracht kommenden Betrieb, wird den Buhnerern nur ihr schmutziges Geschäft erleichtert, die Desorganisation nur vergrößert.

Und gerade deshalb erlaube ich mir, mich an Euch, Arbeiter Petersburgs, zu wenden. Petersburg ist nicht ganz Rußland, die Petersburger Arbeiter sind nicht die Arbeiter ganz Rußlands, aber sie gehören zu den besten, intelligentesten, Klassenbewußtesten, revolutionärsten, überzeugtesten, am wenigsten von leeren Worten oder den Einschüchterungen der Bourgeoisie zugänglich. Es ist schon manchenmal vorgekommen, daß in einem für ein Volk kritischen Momente die Avantgarde einer vorwärtsschreitenden Klasse die anderen mit sich gezogen, in den Massen die revolutionäre Begeisterung hervorruft, die größten historischen Heldentaten begehend.

Diese Avantgarde muß die Führung des „Kreuzzuges“ gegen die Getreidespekulanten übernehmen, sie muß verstehen, daß in ihren Händen sich die Rettung des Landes befindet, daß man von ihr ein nicht minderes Heldentum verlangt, als im Januar und Oktober 1904 und im Februar 1917. Dieser große Kreuzzug muß unternommen werden gegen alle Buhnerer, Spekulanten, gegen alle diejenigen, die die Organisation sprengen und die strengste Ordnung, die vom Staate durchgeführt werden muß, zwecks Versorgung der Bevölkerung mit Brot, Versorgung der nächsten Ernte, Verteilung des Heizmaterials, stören.

Nur eine Massenbeteiligung der Avantgarde der Arbeiterklasse an diesen Kreuzzügen kann die Situation retten. Es handelt sich darum, daß 10 000 der Klassenbewußtesten, energiesten, kampfesfähigen Genossen den Millionen der nicht aufgestellten armen Bevölkerung die Lage klarmachen und, sich an die Spitze dieser Millionen stellend, unerbittlich gegen alle diejenigen vorgehen, die von der Spekulationsmöglichkeit verlockt, aus Kämpfen für die Sache des Volkes zu Häubdern werden; solche Subjekte sollen stiller werden. Dieser Kreuzzug muß in allen Teilen des Landes von Arbeitern durchgeführt werden, die der Revolution so ergeben sind, daß sie alle Schwierigkeiten desselben zu ertragen imstande sind, um überall die nötige Ordnung einzuführen, die lokalen Sowjets überall zu befestigen, in einem jeden Orte ein jedes Pud Brot oder Heizmaterial zu kontrollieren.

Alles das auszuführen ist schwerer als während einiger Tage Heldentum zu bekunden in der Erhebung gegen einen Idioten und Tyrannen wie Romanow oder einen eifrig Gen wie Kerenski. Das Heldentum, das notwendig ist, um die Organisationsarbeit in nationalem Maßstabe durchzuführen,

Ist viel schwerer aber auch viel größer als das Heldentum einer einmaligen Erhebung. Aber die Kraft der Arbeiterklasse bestand seit je in der Fähigkeit und dem Bedürfnisse, der Wahrheit gerade ins Auge zu schauen und sie auszusprechen, in der nichteren Erwägung der Kräfte im eigenen und fremden Lager.

Die Revolution schreitet weiter vor sich, sie entwickelt sich, zur gleichen Zeit entwickeln sich die ihr gestellten Aufgaben, der Kampf gewinnt an Ausdehnung und Tiefe. Die regelmäßige Verteilung von Brot und Heizmaterial, die Intensivierung der Erzeugung desselben, eine strenge Kontrolle, alles das in nationalem Maßstab, das ist der echte und wichtigste Übergang zum Sozialismus. Dabei handelt es sich nicht mehr um eine allgemein revolutionäre, sondern um eine kommunistische Aufgabe, bei der die arbeitenden und notleidenden Klassen mit dem Kapitalismus den endgültigen Kampf auszukämpfen haben.

Für diesen Kampf ist es der Mühe wert, alle Kräfte anzuspannen, groß sind die Schwierigkeiten, die wir zu überwinden haben, aber groß sind auch die Aufgaben, — die Befreiung von Unterdrückung und Ausbeutung, — die wir zu lösen haben. Zu einer Zeit, in der das Volk hungert und die Arbeitslosigkeit immer grausamer wüthet, wird ein jeder, der das kleinste Quantum Brot oder Heizmaterial verhehlt, zu einem der größten Verbrecher.

Zu so einer Zeit — und in einer wirklich kommunistischen Gesellschaft immer — ist ein jedes Pud Brot oder Heizmaterial ein wahres Heiligtum, ein unermesslich höheres Heiligtum als alle die, durch welche die Pfaffen den Dummköpfen den Kopf verdrehen, indem sie ihnen das Himmelreich für die irdischen Leiden versprechen. Um aber dieses echte Heiligtum von alledem zu befreien, womit die Pfaffen es umgeben, muß man praktisch sich dessen bemächtigen, man muß das ganze Land befreien von jeglichem Versuch, zu wuchern, zu spekulieren, zu hamstern. Das alles muß durch die Macht der Arbeiter und ihre Kontrolle durchgeführt werden. Neu ist die Aufgabe nicht. Eigentlich stellt die Geschichte kaum neue Aufgaben, es handelt sich um die Vertiefung, Komplizierung der bereits aufgetauchten oder im selben Maße, in dem die Revolution an Schwung gewinnt, wachsen auch die Schwierigkeiten, die sie zu überwinden hat, ebenso wie die Größe ihrer weltgeschichtlichen Aufgabe wächst.

Eines der größten unauflöschlichen Verdienste der Oktoberrevolution besteht darin, daß der vorgeschrittene Arbeiter als Führer und Helfer der ärmeren Dorfbewohner unter dieselbe gegangen ist, um den Arbeitsstaat zu gründen. Petersburg und die anderen Arbeiterstädte haben schon viele ihrer besten Leute der Landesbevölkerung geschenkt, die Kämpfe solcher Brigaden mit Kalebin und Duroff, die Lebensmittelbrigaden sind nichts Neues, jetzt aber muß wegen der Nähe der Katastrophe, wegen der kritischen Lage zehnmal mehr getan werden.

Der Arbeiter ist zur führenden Avantgarde der armen Bevölkerung geworden, aber heilig ist er nicht geworden, er hat sich mitunter ansteden lassen von den Hebern, die dem Kleinbürgerlichen Zerfall eigen sind. Je weniger Brigaden aus den besten und bestorganisierten selbstbewußten Arbeitern es gab, um so öfter kam es vor, daß diese Brigaden ihren Zweck nicht erreichten, weil in ihren Reihen der kleinbürgerliche Instinkt des Eigentümers die Oberhand nahm über das proletarisch-kommunistische Bewußtsein der Zukunft.

Es ist der Arbeiterklasse unmöglich, sich mit einem Schlag von alledem zu befreien, was sie von einer Gesellschaft der Großgrundbesitzer und Kapitalisten, von einer Gesellschaft von Ausbeutern und Betrüibern geerbt, von einer Gesellschaft, die auf den Gewinn und schmutzige Profitgier der einzelnen und dem Glanz der Mehrheit sich gestützt hat. Aber die Arbeiterklasse kann liegen und wird schließlich ohne Zweifel die alte Welt besiegen mit all ihren Schwächen und Lasten, wenn gegen den Feind immer neue und immer zahlreichere, immer mehr im Kampfe trainierte Arbeiterbrigaden geschickt werden können.

So und nicht anders verhält es sich nun in Rußland. Mit einzelnen Kräften ist es unmöglich, den Hunger und die Arbeitslosigkeit zu überwinden. Es bedarf der massenhaften Kreuzzüge der Avantgarde der Arbeiterklasse in dem ganzen großen Riesensland. Wir brauchen zehnmal mehr eiserne Datalane der Klassenbewußten und der Revolution ergebenden Arbeiter. Dann werden wir Hungersnot und Arbeitslosigkeit besiegen. Dann werden wir die Revolution zur tatsächlichen Vorstufe des Sozialismus erheben. Dann werden wir auch imstande sein, den Verteidigungskrieg gegen die imperialistischen Mächte zu führen.

R. Lenin.

An die Mitglieder

der Zieler Ortsgruppe der U. S. V.

Die Haltung der Mehrheit unserer „Führer“ zu Beginn und im Verlaufe des Krieges zwang uns, die wir nicht umzulernen vermochten, uns neu zu organisieren.

Wir mußten gänzlich von neuem anfangen.

Strupellos, sogar Belagerungszustand und Aensur ausnützend, im Besitze des größten Teiles der Machtmittel der Partei von vornherein, gelang es den Scheidemännern, sich, von wenigen Ausnahmen abgesehen, in den Besitz der gesamten Parteipresse zu setzen.

Der Presse und damit der wichtigsten Aktionsmöglichkeit verhandelt, mußte eine unserer dringendsten Aufgaben sein, hier Wandel zu schaffen.

Wir gründeten einen Pressefonds und versuchten die Schaffung eines Blattes.

Durch die Verhältnisse des Krieges ist uns dies nicht gelungen.

Aber damit ist unsere Pflicht nicht erschöpft. Wir müssen für die Zukunft sorgen. Dazu ist vor allem die Schaffung eines sichern finanziellen Grundstockes nötig.

Der Pressefonds in seiner derzeitigen Form ist dazu nicht geeignet, da die Gelder jederzeit zurückgefordert werden können. Etwas Derartiges ist aber ohne das Vorhandensein eines Grundstockes unmöglich und wir halten es für verkehrt, etwas zu versprechen, was nicht mit Sicherheit gehalten werden kann.

Von diesen Erwägungen ausgehend, hat unsere Mitgliederversammlung im Juli beschlossen, den Pressefonds in folgender Form umzugestalten:

Die eingezahlten Beträge werden nicht zurückgezahlt, sondern bleiben als „Pressefonds“ Eigentum des Vereins. Mitglieder, die hiermit nicht einverstanden sind, können ihr Geld bis zum 31. 12. 18 zurückverlangen. Wir hoffen aber, daß in Anbetracht der Wichtigkeit des Zweckes alle Mitglieder, die es wirtschaftlich ermöglichen können, darauf verzichten. Wir erwarten im Gegenteil, daß jedes Mitglied durch den Erwerb von Pressefondsmarken recht viel zur Stärkung dieses zur Schaffung unseres wichtigsten Kampfmittels unentbehrlichen Grundstockes beiträgt.

Für die Verwirklichung unserer Ziele darf uns kein Opfer zu groß sein.

Mit Parteigruß Der Vorstand.

Aus der Bewegung.

Karlsruhe. Der sozialdemokratische Verein (U. S. V.) nahm den Bericht über die Bezirkskonferenz entgegen, welchen Genosse W. Ged. erstattete. In der daran angeschlossenen Aussprache wurde die Arbeit des ersten Vereinsjahres und das erzielte Resultat mit Befriedigung festgesetzt, dem Sekretär D. I. M. A. n die dankbare Anerkennung für seine unermüdete Tätigkeit gezollt. Die Beitragserhöhung ist gemäß dem Vorschlag der Konferenz beschlossen worden; es soll bis zu der für Ende des Jahres in Aussicht genommenen weiteren Ausgestaltung des Finanzwesens den hiesigen Genossen zu Extraleistungen nach Belieben die Möglichkeit gewahrt werden. Mögen doch die Karlsruher Arbeiter und Vereinsmitglieder den politischen Eifer der Mannheimer Unabhängigen Sozialdemokraten sich zum Muster dienen lassen! Sorgt für Verbreitung unserer Presse und Literatur, besucht eifrig die Vereinsveranstaltungen!

Aus der Unabhängigen Bewegung.

Aus Hamburg. Das Hamburger Gewerkschafts-kartell hat sich in mehreren Versammlungen mit der Ernährungsfrage beschäftigt. Ein Vertreter des Kriegsernährungsamtes sowie des Hamburger Kriegsernährungsamtes waren bemüht, den Arbeitern klar zu machen, daß die Behörden eifrig bestrebt sind, den Wünschen der Arbeiter in der Ernährungsfrage Rechnung zu tragen. Die Herren betonen, daß die Arbeitervertreter bestrebt sein müßten, auf die Arbeiter einzuwirken und ihnen klar zu machen, daß es ihrer Pflicht sei, mit den gebotenen Nahrungsmitteln zufrieden zu sein und die Kriegswirtschaft zu unterstützen, damit wir recht bald einen ehrenvollen Frieden bekommen. Von den Arbeitern wurde in diesen Worten gesagt, daß nicht gerecht verurteilt würde, daß die Arbeiter die Dummheit bei der Ernährungsfrage seien. Die Stimmung in der Masse sei eine andere als die Herren denken. Der Generalkommission sowie der Partei wurden ebenfalls schwere Vorwürfe gemacht. Ein Redner warnte, wenn hier von diesen beiden nicht mehr als bisher geredet, dann würden die Arbeiter mehr zur U. S. V. D. halten. Es wurde verlangt, die Arbeitervertreter sollten ihre Kräfte in den verschiedenen Kommissionen niederlegen und den Bürgerlichen selbst die Verantwortung überlassen, denn die Arbeitervertreter würden doch nur als Beschwichtigungsbühne betrachtet. In die Adresse des Herrn Dr. August Müller wurden herbe Worte gerichtet. Auch einige „Führer“ hielten es für sehr angebracht, recht kräftige Worte zu gebrauchen. Darum, wissen die Herren sehr wohl! Die Stimmung der Arbeiter hier ist eine sehr ernste und die klugen Führer sehen wohl ein, daß die Politik der Instanzen an diesem Uebel nicht ganz unschuldig ist. Es wurde ja auch in der letzten Kartellversammlung von einigen Führern, die sich das noch erlauben können, verurteilt, daß auf die Bogen zu gehen. So wurde erklärt, die U. S. V. oder die Politik dürfe mit der Ernährungsfrage nicht in einen Topf geworfen werden, das sei zu trennen. Auch könnten und dürfen die Arbeiter in den verschiedenen Ernährungsämtern usw. ihre Vollen nicht verlassen, sondern müßten mitarbeiten. Wenn Beschwerden da seien, so sollten die Genossen ruhig ihren Vertretern mitteilen, die dann sich dafür sorgen würden, daß Abhilfe geschaffen werde. Daß die Herren von den Behörden in dasselbe Horn bliesen, versteht sich.

Der Krager über die Scheidemann-Versammlung kommt noch immer in einer Anzahl geachteter Zeitungsnotizen der abhängigen Presse zum Ausdruck. So wurden erregene Posten über den Stand unseres Solinger Parteiblattes verbreitet. Unser Solinger Blatt ist durchaus nicht zurückgegangen, es hat sogar einen sehr kräftigen Zuwachs, nachdem unser Düssel-

borfer Parteiorgan den Raubgefilen des abhängigen Parteivorstandes zum Opfer gefallen war. Die Unmöglichkeit, für die 10 000 Abonnenten in Düsseldorf das nötige Papier zu erhalten, zwang unsere Solinger Genossen, die Verbreitung unter der Düsselborfer Arbeiterschaft einzustellen. Die Schwierigkeiten, die unserem Blatt in der Papierfrage entstanden, sind nicht allein auf die Ablehnung der Behörden, sondern auf Nachschaffen der Regierungssozialisten zurückzuführen. Charakteristisch ist, daß gerade für die Elberfelder Freie Presse im Solinger Bezirk Propaganda gemacht wird; denn dieses Blatt hat infolge des Raubes durch den Parteivorstand einen reichlichen Abonnentenschwund zu verzeichnen gehabt. Die Auflage von 25 000 vor dem Kriege ist auf 7 400 heruntergefallen. Jetzt will man in Solingen auf den Abonnentenschwund ausgeben und der Geschäftsführer des Solinger Blattes hilft dabei eifrig mit.

Im 9. sächs. Wahlkreis (Freiberg), dessen Parteiorganisation bekanntlich vor kurzem den Uebertritt zur Unabhängigen Sozialdemokratie beschlossen hat, verlangen jetzt die Abhängigen die Herausgabe der Parteigeber und Parteimaterialien. Sie haben den Klageweg beschritten.

Ein Geschäftsführer, der sein eigenes Blatt boykottiert. Als seinerzeit die Berliner Arbeiterschaft den Vorwärtsraub damit beantwortete, daß sie die Arbeiter aufforderte, den Vorwärts solange nicht zu halten, bis der Berliner Parteiorganisation wieder ihr Recht geworden sei, ging ein Entschuldigungssturm durch die ganze regierungsozialistische Presse. Neben dem Disziplinbruch wurde der Boykott als das schändlichste Verbrechen gegen den Sozialismus hingestellt. Mit dem Manucl vorziehender Liebe bedachte man die Tatsache zu, daß vorher die Herren Bögen und hunderte von Gewerkschaftsführern den Vorwärts boykottiert hatten, weil ihnen die von der damaligen Redaktion vertretene Anschauung nicht baute. Daß aber ein Geschäftsführer eines sozialdemokratischen Blattes sein eigenes Blatt boykottiert, ist bisher noch nicht vorgekommen. Es handelt sich in diesem Fall um den Geschäftsführer Schaaf in Solingen, einem intimen Freund Scheidemanns. In Solingen hat unsere Partei in der Zeitung und auch in den Instanzen, denen die Ueberwachung und geschäftliche Verantwortung für die bössische Arbeitersinnung obliegt, die überwältigende Mehrheit. Die letzten Vorgänge in Solingen, vor allem die deutliche Abfuhr, die Scheidemann dort in seiner letzten Versammlung erfahren hat, haben die Gegensätze zwischen Regierungsozialisten und Unabhängigen ganz besonders verschärft. Herr Schaaf kann seinen Groll gegen die böse U. S. V. nicht anders darlegen, als daß er das Blatt, für dessen geschäftlichen Bestand er verantwortlich ist, boykottiert und mit allen Kräften dafür eintritt, daß die regierungsozialistische Freie Presse im Verbreitungsbezirk seines Solinger Blattes Eingang findet. Unsere Solinger Genossen werden sich natürlich einen solchen Kampf gegen ihre Zeitung nicht lange bieten lassen können.

Die J. K. und das Antikriegsgefühl. Das kleine regierungsozialistische Wochenblatt, die Thüringer Freie Presse, hat ihr Erscheinen eingestellt; angeblich um den Bruderkrieg nicht zu führen, in Wirklichkeit aber aus Mangel an Geld. Die J. K. nimmt sich jetzt dieses eingegangenen Blattes an und behauptet, das Blatt sei deshalb von der Wildschäbe abgewickelt, weil von den Militärbehörden von ihm verlangt wurde, lediglich den Kampf gegen die Unabhängigen zu betreiben und von einer selbständigen Stellung zu den politischen Tagesereignissen Abstand zu nehmen. Auf diese Bedingungen seien die Thüringer Zeitungsmänner nicht eingegangen, sondern hätten es vorgezogen, das Erscheinen ihres Blattes lieber einzustellen. Das klingt sehr Charakteristisch, entspricht aber nicht der Wahrheit. Man nehme sich nur den ersten und einzigen Jahresband dieses Presseerzeugnisses vor und man wird finden, daß es angefüllt ist von Anfang bis zu Ende mit Antikriegs- und Schmähungen auf die Unabhängigen. Wenn man jetzt das Unternehmen begraben hat, so sicher nicht aus Antikriegsgefühl, sondern weil eben das nötige Geld dafür fehlt. Daß ausgerechnet die J. K. bei dieser Gelegenheit an das Antikriegsgefühl der Zeitungen appelliert, die diese Werbung gebracht hatten, gibt diesem betrüblichen Todesfall immerhin eine betriebe Note.

Die erste Unabhängige Mitgliederversammlung in Elbing fand am 29. Juni im dortigen Volkshaus statt. Ein Publikationsorgan steht den weisprachlichen Genossen nicht zur Verfügung. Durch keine Einladungszettel war die Versammlung bekannt gemacht, was doch war der Besuch ein über alles Erwartung glänzendes. Zwischen 10 und 15 Uhr erschienen erschienen prompt noch Arbeitslos; zu dieser ersten Versammlung der Unabhängigen Organisation und hörten mit höchlichem Interesse den 1 1/2 stündigen Vortrag des Genossen Linde aus Rönitzberg an. Nach kurzer Debatte wurde einstimmig das neue Bezirksorganisationsstatut gutgeheißen. Von der Wahl eines selbständigen Wahlkreisvorstandes wurde vor der Hand noch Abstand genommen. Die Genossen gehören als Einzelmilitglieder der Bezirksorganisation in Danzig an. Als Vertrauensmann zur Führung der Geschäfte wurde einstimmig der Genosse B. e. r. s. c. h. o. n. gewählt. Festgestellt wurde, daß 220 Abonnenten des Berliner Mitteilungsblatt und eine Anzahl Abonnenten der Leipziger Volkszeitung in Elbing vorhanden sind.

Nach Erledigung von sonstigen geschäftlichen Angelegenheiten und nachdem Genosse Linde seine Anerkennung und Genehmigung darüber ausgesprochen hatte, daß es den Elbinger Genossen gelungen ist, in kurzer Zeit den Mitgliederstand der regierungsozialistischen bei weitem zu überflügeln, schloß der Vorsitzende Genosse B. e. r. s. c. h. o. n. die imposante Versammlung mit einem brandenden Hoch auf die Unabhängige Sozialdemokratische Partei Deutschlands.

In **Wien** sagt unsere Bewegung ebenfalls Fuß. Immer größere Kreise der Arbeiter erkennen die Wichtigkeit der regierungsjournalistischen Schwärzerien. Am Donnerstag, den 1. August fand eine Volksversammlung statt, in der Herr **Landberg** sprach. Die Versammlung war stark besucht, besonders stark von Angehörigen des Bürgerturns. Unsere Genossen gaben das Mitteilungsblatt aus, das von den Arbeitern sehr geschätzt wurde, zum Verget der Regimentsposten. **Landberg** zog alle Töne seines nationalistischen Regiments. In der Diskussion trat ihm Genossin **Reichert-Berlin** entgegen, was ihn veranlaßte, in seinem Schlusswort in rabulistischer Weise die Ausführungen unserer Genossin zu verdrehen und ins Lächerliche zu ziehen. Auf die Dauer verfangt eine solche Kampfesweise bei den Arbeitern nicht. Das werden die Herrschaften bald merken, auch in Görlitz, trotz der Görlitzer Volkszeitung, die mit ihrem Geschreibsel schon viel Unheil angerichtet hat. Aber auch hier taat es.

Groß-Berliner Chronik.

Ein Kampf um einige Knochen hat in Bayern eingelebt. Bekanntlich soll in den Monaten August, September, Oktober eine fleischlose Woche eingeführt werden, außerdem soll die Ration von 250 Gramm auf 200 Gramm herabgesetzt werden. Aus München wird nun berichtet: Das Staatsministerium des Innern hat dagegen entschieden Widerspruch erhoben, daß im kommenden Versorgungszeitraum der Stadt Berlin eine Ausnahmestellung dahingehend eingeräumt wird, daß dort statt 200 Gramm Fleisch 250 Gramm pro Kopf verteilt werden sollen. Das Staatsministerium des Innern behält sich vor, dieses Ausnahmeverfahren in größeren bayerischen Städten in gleicher Weise einzuführen. Manche Leute wollen sogar bemerkt haben, daß in Bayern die gesamte Presse sich dem Protest des Staatsministeriums angeschlossen habe. Das ist Schwindel. Tatsächlich kann man in Bayern dank der strengen Ausfuhrverbote immer noch erheblich besser leben als in den Großstädten, vor allem in Berlin.

Es ist allgemein bekannt, daß, von einigen andern westlichen Industriestädten abgesehen, die Lebensmittelversorgung kaum irgendwo so schlecht ist als in Berlin. Aus diesem Grunde ist es durchaus gerechtfertigt, wenn hierauf Rücksicht genommen wird bei der Verteilung der Fleischration. Man wird auch davon nicht seit werden, wenn in Berlin die 250 Gramm Fleisch mit Knochen, und die Knochenportion ist nicht klein, weiter verabsolgt werden. Jedes Kind weiß zudem, daß es ganz andere Gründe sind, welche für eine bestimmte Ausnahmestellung mancher Großstädte maßgebend sind. Von Ausnahmeverfahren könnte doch nur dann gesprochen werden, wenn alle Nahrungsmittel reiflos erfaßt und zur Verteilung gelangen. Wir wollen uns nicht allzusehr an dieser Maßnahme beteiligen, weil sie in der Tat nur um einige Gramm Knochen geht; man vergißt sonst allzusehr die miserablen, aus dem Kriege resultierenden allgemeinen Ernährungsverhältnisse.

Wir vertreten den Standpunkt, daß nur dann von einer gerechten Verteilung der Lebensmittel gesprochen werden kann, wenn die Speisen im fertigen Zustande an die Bevölkerung abgegeben würden und niemand mehr in der Lage ist, auf Grund seines großen Portemonnaies besser als der arme Teufel leben zu können, wenn alle aus einem Topfe essen müßten und nur ein Unterschied darin bestände, daß der Bemittelte einen höheren Preis für das Essen bezahlen müßte und dem Unbemittelten für einen minimalen Preis oder gar unentgeltlich die Speisen abgegeben würden. Wenn so alle Teile der Bevölkerung auch in der Ernährungsfrage gleichberechtigt behandelt würden, erst dann wird man denjenigen, die das Durchhalten andern predigen, eher glauben können, daß es ihnen damit ernst ist. Denn es ist doch kein Kunststück, andere zum Durchhalten aufzufordern, wenn man satt ist.

Wie das bayerische Ministerium des Innern sich über die paar Gramm Knochen äußert, die in Berlin mehr gegeben werden sollen, so hat das sächsische Lebensmittelamt in Dresden darauf hingewiesen, daß in Berlin seit einer Woche 7 Pfund Kartoffeln, in Dresden nur 2 Pfund pro Woche gegeben werden. Es hat beim Ministerium des Innern sofort hierüber Beschwerde erhoben und verlangt, die Regierung möge an der maßgebenden Stelle in Berlin auf gleichmäßige Verteilung aller Teile des Landes, insbesondere Sachsens, hinwirken. Das Amt hat infolgedessen ganz recht: 2 Pfund Kartoffeln ist ein Quantum, das vollkommen unzulänglich ist, genau so wie 7 Pfund nicht ausreichen.

Eine **Modewoche** hat in Berlin stattgefunden. Eine Modewoche in der Modeweltzeit ist sicher etwas Originelles. In einer Zeit, wo die große Masse der Bevölkerung ihre Mode nicht mehr beden kann, wo alle alten Lebensbilder hervorgeholt werden, und wenn sie noch so unmodern sind, über neue Moden sich den Kopf zu zerbrechen, das verdient festgehalten zu werden.

Ein schweres **Explosionsunglück**, bei dem eine Person getötet wurde, hat sich am Montag bei der Konsumgenossenschaft in der Rittergutsstraße in Prenzlauer Berg ereignet. Der Schlosser **Otto Erdmann** aus der Neuen Schönhauser Straße 13 war im Kellerraum des Verwaltungsgebäudes mit Reparaturarbeiten beschäftigt. Plötzlich ertönte ein gewaltiger Knall, der durch das Wachen eines Kessels verursacht wurde. Erdmann wurde durch den Luftdruck gegen eine Wand geschleudert und auf der Stelle getötet. Die Arbeiterin **Franziska Radoll** aus der Pettenstraße 25, die sich bei der Explosion in der Nähe des Kessels befand, wurde durch ausströmende Dämpfe an Gesicht und Händen schwer verletzt. Zwei weitere Personen kamen mit leichteren Verletzungen davon.

Aus den Organisationen.

Die Mitglieder unserer Wahlvereine finden sich gewöhnlich am 2. Mittwoch im Monat in ihren **Zahlabendlokalen** zum Entriichten ihrer Monatsbeiträge zusammen. Bei dieser Gelegenheit werden Mitteilungen aus dem Parteileben gemacht und auch einzelne die Partei berührende Fragen erörtert. Wenn auch unsere Reihen durch die Einziehungen erheblich gelichtet sind, so ist gerade in heutiger Zeit Zusammenhalt der Genossen doppelt nötig. Wer nicht gerade dringend abgehalten ist, sollte den Zahlabend besuchen.

Der nächste Zahlabend fällt auf **Mittwoch, den 14. August**, wo nichts anderes vereinbart ist.

Das **Büro der U. S. P. D., Ortsverein Neukölln** ist geöffnet nur Wochentags in der Zeit von 5 1/2 - 8 1/2 Uhr.

Die **Bibliothek** ist nach der Inventur ab 7. Juli geöffnet nur am Mittwoch und Sonnabend, abends von 7-9 Uhr. Wir ersuchen, die geliehenen Bücher nach 1 Monat Besetzung pünktlich und im erhaltenen Zustand wieder zurückzuliefern.

Der Vorstand.

Stralau. Der gemeinsame Zahlabend findet am **Mittwoch, den 14. August 1918**, abends 8 1/2 Uhr, bei **Franz Schulz**, Margrafendamm 6, statt. Zahlreichen Besuch erwartet. Die **Bezirksleitung**.

Treptow-Baumschulenweg. Am **Mittwoch, den 14. August**, findet der Zahlabend in jedem Ortsteil gemeinsam statt. In **Treptow im Rest. Schölz**, Gräbstr. 48, in **Baumschulenweg im Rest. Krause**, Pieschstr. 248. In beiden Zahlabenden findet Vortrag statt.

Am **Sonntag, den 11. August**, Familien-Ausflug nach **Mahlsdorf-Süd**. Nähere Bekanntmachung siehe in der vorigen Nummer des Mitteilungsblattes. Um gute Beteiligung der Genossen und Genossinnen bei der Veranstaltung ersucht.

Der Vorstand.

Marieudorf. **Mittwoch, den 14. August**, bei **Benschel** gemeinsamer Zahlabend. Bericht von der **Verbands-Gen.-Vers.** Der Stand der Jugendbewegung usw. Da der letzte **Frauentag** ausfallend war, sind besonders die Genossinnen zum volljährigen Besuch geladen.

Bezirk Karlshorst. Der Zahlabend findet **Mittwoch, den 14. August**, abends 8 1/2 Uhr, im **Lokal von Perle**, Prinz Adalbertstr. 16, statt.

Die Bezirksleitung.

Niederschönhausen. **Dienstag, den 13. August**, abends 8 1/2 Uhr, **Mitgliederversammlung** v. **Kettig**, **Blankenburgerstr. 4**. Tagesordnung: 1. Vortrag, 2. Diskussion, 3. Vereinsangelegenheiten und Verschiedenes. Um zahlreiches Erscheinen ersucht.

Der Vorstand.

Vereins-Veranstaltungen.

Arbeiterturnerbund, 1. Kreis.

Am **Sonntag, den 11. August**, findet ein **Sportfest** aller Arbeiterturnvereine der **Mark Brandenburg** auf dem **Fichte-Sportplatz**, **Adenider Landstraße** statt. **Vorkämpfe** vormittags 10-12 Uhr. **Beginn der Endkämpfe** nachmittags 3 Uhr. Zum **Austrag** gelangen alle Sportarten für **Männer, Frauen und Jugendliche**. Desgleichen **Stoffettenläufe**. Wir machen hierdurch die **Arbeiterschaft** Berlins auf die **Veranstaltung** aufmerksam und bitten um **regen Besuch** derselben.

Zweiter Berl. Reichstagswahlkreis.

(U. S. P. D.)

Sonntag, den 11. August, findet in **Habels Brauerei-Ausshank**, **Bergmannstr. 5/7**, unser

Zweites Sommerfest

statt, bestehend aus **Konzert, Gesangsvorträgen** der **Kreuzberger Harmonie**, sowie **Kinderbelustigungen** (Kasperltheater und Festzug). Auch für das **Kaffeehochen** ist bestens Sorge getragen, doch wird das dazu erforderliche **Geschick** nur gegen **Stand** abgegeben.

Kasseneröffnung 2 Uhr. Anfang 4 Uhr.

Einlaßkarten im Vorverkauf bei den **Funktionären** und den mit **Plakaten** belegten **Stellen 40 Pf.**, an der **Kasse 50 Pf.**

Um **zahlreichen Besuch** von **Mitgliedern** und **Gästen** ersucht. **Das Festkomitee.**

Dankagung.

Für die **rege Beteiligung** und die **schönen Kränzchen** anlässlich der **Beerdigung** unserer **lieben Tochter** und **Schwester**

Luise Kazubke

sagen wir **allen Freunden** und **Bekanntem** unseren **aufrechtlichsten Dank.**

Ferdinand Kazubke,
Sobiner Straße 111.

Dienstag, den 13. August 1918, abends 8 Uhr:

Branchen-Versammlung

der **Schmiede, Kesselschmiede u. Karosseriarbeiter** in **Boekers Festhän**, **Weberstr. 17.**

Tagesordnung: 1. **Tut es das Reichsland** abgeord. **Jäckel** über das **Arbeitskammerngesetz**. 2. **Diskussion**. 3. **Branchenangelegenheiten.**

Die **Branchenleitung.**

Arbeiter-Stenographen-Verband Stolze-Schrey.

Die **Mitgliedschaft Groß-Berlin** eröffnet am **21. August** einen **neuen Anfängerkursus**. Näheres durch **Anzeige** am **17. August.**

Schriftliche Anfragen beantwortet **H. Urban**, **Schöneberg, Eisenacherstr. 64.**

Nacht **Freunde** auf die **Anzeige** am **17. August** aufmerksam.

Der **Bildungs-Ausschuß.**

Treues Gedenken zum **22. Geburtstag** unseres **einzigsten Kindes**, des **stud. phil.**

Hugo Ottmann,

welcher am **30. März 1918** im **Westen** gefallen sein soll.

Die tiefbetrübten Eltern.

Er war ein **Sohn** des **Volkes**, **treu, wahr** und **edel.**

Berlin, den 10. August 1918.

Am **8. August**, abends **9 Uhr**, **entschlief** nach **kurzem Krankenlager** im **Alter** von **18 Jahren** unser **lieber Sohn** und **Bruder**

Paul Garbe.

Er wird am **Freitag, den 9. August**, **nachmittags 4 1/4 Uhr**, auf dem **Friedhof** der **Freireligiösen Gemeinde** **Berlin, Pappel-Allee 15-17**, **beerdigt.**

Berlin, 8. August.
Schreinerstr. 49. Wilhelm Garbe **nebst Frau.**
Wilhelm Garbe.
Georg Garbe.

Nachruf!

Am **21. Juli** ist unser **Kollege**, der **Dreher**

Adolf v. der Heide

durch einen **Granatschuß** **getötet** worden. Wir **verlieren** einen **braven Arbeiterkameraden** und werden ihn im **guten Andenken** behalten.

Dreher von Schwarzkopf, Scheringstraße, Torpedobau.

Dem Andenken unserer auf dem Kriegsschauplatz gefallenen Genossen!

6. Wahlkreis.

Wiederum ist eines unserer **besten Mitglieder**

Adolf v. d. Heide

Sprengelstr. 20, Bez. 756, 18. Abt.

durch **Granatschuß** auf dem **Schlachtfeld** **getötet** worden.

Sozialdem. Wahlverein Nieder-Barnim.
Bezirk Tegel.

Am **18. Juli** fiel unser **Genosse**, der **Schlosser**

Adolf Gräh

aus **Tegel.**

Ehre ihrem Andenken!

Nachruf.

5. Wahlkreis.

Am **24. Juli** verstarb infolge eines im **Felde** **zugezogenen Unfalles** unser **lieber Genosse**

Arthur Krause.

Da es einer unserer **aufrechtlichsten** war, werden wir **stets** sein **Andenken** in **Ehren** halten.

Unsere **Mitgliedern** zur **besonderen Nachricht**, daß unsere **Genossin**

Anna Brezke

Chodowiedstr. 39, Abteilung 1a **gestorben** ist. Wir **verlieren** in **Ihr** eine **brave Genossin** und **treue Streiterin.**

Ehre ihrem Andenken!

Redaktionschluß: Jeden Dienstag Abend.

Verantw. Redakteur: **C. Leib**, **Verleger:** **H. Hoffmann**, beide **Berlin D. 27, Schilderstraße 5**, **Druck:** **Maurer & Dimmid**, **Berlin, Adenider Str. 36-38.**